

## **Kapitalismus am Ende?**

Die anhaltende Rezession ohne Wirtschaftswachstum, steigende Massenarbeitslosigkeit zunehmende Armut sowohl in der Ersten wie in der Dritten Welt und die dramatische Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen ohne das für eines dieser bedrückenden Probleme eine Lösung in Sicht ist, wirft unweigerlich die Frage auf: Ist das kapitalistische Regulierungssystem an seine Grenzen gestoßen?

Erinnern wir uns: Der Kapitalismus ist Ende des 18. Jahrhunderts mit einer wohlstandstheoretischen Verheißung angetreten, die bis heute unermüdlich wiederholt wird. Nach Adam Smith führt konsequente Verfolgung des Eigennutzes zwangsläufig zu allgemeinem gesellschaftlichen Wohlstand. Richtig daran ist: Der Kapitalismus ist ein System von bestechender Logik. Kein anderes System hat eine ähnliche Dynamik bei der Entwicklung der Produktivkräfte entfaltet, ähnliche Flexibilität, Regenerationsfähigkeit und Innovationskraft gezeigt. Aber der Kapitalismus brachte im 19. Jahrhundert neben dem technischen Fortschritt Verelendung für die Masse der abhängig Beschäftigten und extreme Polarisierung zwischen Lohnarbeit und Kapital. Die Fabriken waren Schauplätze brutaler Ausbeutung. Sechzehn- bis achtzehnstundentage bei Löhnen, die kaum die physischen Reproduktionskosten deckten, waren die Regel. Unmenschliche Wohnverhältnisse in wachsenden städtischen Elendsquartieren, in denn 50er Jahren die Tendenz sinkender Reallöhne und damit die Schwierigkeit, sich ausreichend zu ernähren, und die in den Konjunkturkrisen immer wiederkehrende hohe Arbeitslosigkeit kennzeichneten die Lage des Proletariats. Die ersten Proteste der Arbeiterinnen und Arbeiter dagegen waren keine politischen Aktionen, sondern Verzweiflungsschreie gegen Hunger, Überarbeitung, schlechte Entlohnung und Wohnungselend.

Die Krisen bis zum Ersten Weltkrieg waren periodisch wiederkehrende Phasen in einer generell wachsenden und sich zunehmend globalisierenden Wirtschaft. Aber bereits Ende des 19. Jahrhunderts läßt die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung deutlich nach. In den 80er Jahren setzt sich der „Tendenzielle Fall der Profitrate“ gegen seine Gegentendenzen immer deutlicher durch.<sup>1</sup> Die angeblich „goldenen“ 20er Jahren des 20. Jahrhunderts sind dann durch einen grundlegend neuen Akkumulationstypus geprägt.

Nur ein unglaublich kurzes Gedächtnis und ein völliger Mangel an analytischen Fähigkeiten oder gezielte Täuschung erlauben es zu behaupten, daß ein unregulierter Kapitalismus Wohlstand für alle bringt, zu verschweigen, daß die neoklassische Ideologie eine wesentliche Ursache für den katastrophalen Verlauf der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932/33 und damit in Deutschland für das Aufkommen des Faschismus war.

Der relativ schwache Erholung nach der Weltwirtschaftskrise – insbesondere in den USA - wurden damals als bedrohliche Symptome einer überzyklischen, strukturellen Krise, als Beginn einer „säkulare Stagnation“ (A.H. Hansen) gedeutet.

Auf Grund des Zusammentreffens mehrerer außerordentlich günstiger Voraussetzungen ist es nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere in der Bundesrepublik zu einer relativ langen Prosperitätsphase gekommen. Dank der gewerkschaftlichen Aktivitäten und nicht zuletzt auf Grund der Systemkonkurrenz konnten in dieser Zeit beachtliche Verbesserung der sozialrechtlichen Sicherung und der materiellen Lebensbedingungen für Viele durchgesetzt werden. Mangelnde Fähigkeit zur Analyse und kollektiver Gedächtnisverlust haben dazu geführt, diese Prosperitätsperiode als Normalfall kapitalistischer Entwicklung hinstellen zu können.

Charakteristisch für die längerfristige Entwicklung der Wirtschaft in den wichtigsten kapitalistischen metropolen

---

<sup>1</sup> S. Dumenil, Gerad, u.a. Stages in the Development of US-Capitalism, in: Moseley, Fred/Wolff, Edward (Hg.) International Perspectives on Profitability and Accumulation, Aldershot/Brookfield 1991

Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, ist ein kräftiges Wirtschaftswachstum mit zyklendurchschnittlich abnehmenden Zuwachsraten des Sozialproduktes. Abnehmende Wachstumsraten sind also nichts neues, aber im Unterschied zu den Aufschwungsphasen vor dem Ersten Weltkrieg und nach dem Zweiten Weltkrieg sehen wir seit Beginn des 7. Nachkriegszyklus, d.h. seit 1975:

- ☞ **daß die Arbeitslosigkeit im Zuge des Aufschwunges nicht abgebaut wird<sup>2</sup>,**
- ☞ **daß die Armut auch in den reichen Ländern zunimmt,**
- ☞ **daß Überkapazitäten trotz massenhafter Konkurse über den Zyklus hinweg bestehen bleiben,**
- ☞ **daß eine in dieser Rigorosität noch nie zu beobachtende Verdrängungskonkurrenz eingesetzt hat.**

Jede zyklische Belebung begann bis in die siebziger Jahre mit einer Erneuerung des Maschinenparks. In jeder Prosperitätsphase wurden zusätzliche, technisch fortschrittlichere Anlagen installiert. In jedem Abschwung wurde ein Teil der Produktionsmittel entwertet oder vernichtet. Die Folge war, am Beginn jedes neuen Zyklus standen mehr und technologisch wirkungsfähigere Anlagen bereit, als zu Beginn des vorangegangenen.

Für die längerfristige Entwicklung hieß das:

- ☞ **gemäß der technischen Entwicklung wuchs die Mehrwertrate,**
- ☞ **gemäß des Wachstums des Kapitals wuchs die Profitmasse,**

dies bedeutete aber auch:

- ☞ **gemäß des Ersatzes von Menschen durch Maschinen fiel die Profitrate, das heißt der Gewinn pro eingesetzter Geldeinheit.**

Die in allen hochindustrialisierten, kapitalistischen Ländern zu registrierende Tendenz der längerfristig, d.h. über die konjunkturellen Schwankungen hinweg, fallenden Profitrate hat zwar zu immer stärkeren Klagen der Industrie geführt,

---

<sup>2</sup> Vor dem Ersten Weltkrieg schwankten die Arbeitslosenquoten, soweit wir sie statistisch erfassen können, zwischen rd. 7% in der Rezession und unter 1% in den Boomphasen, s. Knut Borchardt, Wandlungen des Konjunkturphänomens in den letzten hundert Jahre, in: Werner Abellhauser/Dietmar Petzina, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Königstein/Ts. 1981, S.32 f.

war aber solange unproblematisch, wie trotz der fallenden Profitraten die Profitmassen erhöht werden konnten.

Neu ist nun seit Mitte der siebziger Jahre, daß die längerfristige Akkumulationsrate, das heißt, das neue, zusätzlich gebildete Realkapital, gesamtgesellschaftlich und tendenziell gesehen, nicht mehr ausreicht, den Fall der Profitrate zu kompensieren. Die Folge ist, seit Mitte der siebziger Jahre sinken tendenziell bei deutlichen Unterschieden zwischen einzelnen Regionen, Branchen und Unternehmen im längerfristigen Trend nicht nur die Profitraten, sondern es sinkt auch die gesamtgesellschaftliche Profitmasse. Mit dieser als **Strukturelle Überakkumulation** zu bezeichnenden längerfristigen Entwicklung sind die kapitalistischen Systeme in eine neue Entwicklungsphase eingetreten.

## Verschärfung der Krise

Strukturelle Überakkumulation ist eine längerfristig sich anbahnende, absehbare Entwicklung, die im Unterschied zur zyklischen Überakkumulation nicht auf falschen Signalen seitens des Marktes beruht.. Sie wird nicht wie die zyklische Einbrüche zwangsläufig hingenommen. Sie beseitigt keine Disproportionen, sondern gefährdet den Bestand der kapitalistischen Systeme. Anhaltende Überkapazitäten und sinkende Profitmasse signalisieren Überakkumulation und fordern strategisches Handeln seitens der Kapitale. So ist zu erklären,

- ☞ daß die Realinvestitionsquote deutlich zurückgegangen ist,
- ☞ daß die Unternehmer versuchen, ihre Investitionen auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen zu beschränken,
- ☞ daß sie auf Kosten der Realinvestitionen riesige Geldkapitale bilden und
- ☞ eher andere Firmen aufkaufen, als die Gewinne zum Ausbau bestehender Unternehmen zu verwenden.

Mit diesen kapitalimmanent logischen, betriebswirtschaftlich rationalen Maßnahmen können die Einzelkapitale kurzfristig ihren Gewinn stabilisieren, längerfristig verschärfen sie jedoch damit die strukturelle Überakkumulation. Die zyklendurchschnittliche Einschränkung der

Realkapitalakkumulation, die Reduzierung der Erweiterungsinvestitionen und die neuen, Produktionskapazitäten vernichtenden Zentralisationsstrategien bremsen zwar kurzfristig den Fall der Profitrate, bewirken aber gleichzeitig eine weitere zyklendurchschnittliche Senkung der Akkumulationsrate, so daß der kritische Punkt von dem ab die Akkumulationsraten den Fall der Profitrate nicht mehr kompensieren kann, von dieser Seite her schneller erreicht wird.

Die Einschränkung der Realkapitalakkumulation - deutlich abzulesen an der gesunkenen Investitionsquote - bei Zunahme des Anteils der Rationalisierungsinvestitionen bedeutet, daß das zyklendurchschnittliche Wachstum der Arbeitsproduktivität über dem Wachstum des Sozialproduktes liegt. Eine solche Konstellation muß zu einer überzyklischen Entlassung von Arbeitskräften führen.

Längerfristig abnehmende Beschäftigung heißt abnehmende Nachfrage nach Konsumtionsmitteln und damit Kontraktion der Konsummittelproduktion. Damit fällt nicht nur Nachfrage nach Investitionsgütern sondern zusätzlich effektive Nachfrage nach Konsumgütern aus, zumal mit zunehmender Entlastung der Unternehmen durch entsprechende Steuersenkungen und Abbau sozialstaatlicher Elemente eine gigantische Umverteilung der Einkommen und Vermögen von unten nach oben eingesetzt hat. Wird dieser akkumulationsbedingte Ausfall an effektiver Nachfrage nicht durch staatliche Aktivität oder zunehmende Nachfrage aus dem Ausland (Exportüberschuß) kompensiert, führt dies zu weiterer Reduzierung der Investitionsgüternachfrage. Es entwickelt sich ein *circulus vitiosus* mit zunehmender Arbeitsplatzvernichtung.

Mit der zunehmenden Geldkapitalbildung und den daraus erzielten Zins- und Spekulationserträgen konnten in den letzten Jahren die sinkenden Erträge beziehungsweise Verluste im Produktionsbereich auf Kosten der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte vielfach kompensiert werden.

Besonders erfolgreich im Sinne des Kapitals war zudem die Stabilisierung der Profitrate durch rigorose Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der abhängig Beschäftigten.

Der Abbau von Sozialstaatlichkeit als Reaktion auf die strukturelle Überakkumulation hat seit Mitte der 80er Jahre zu einer Verringerung des Falls der Profitrate geführt. Der Preis dafür ist zunehmende soziale Ungleichheit, wachsende Armut und steigende soziale Spannungen kurz eine Zerstörung der Zivilgesellschaft und damit auch eine Gefährdung der wesentlichen Voraussetzungen für Produktivitätssteigerungen.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt besonders deutlich, daß die kapitalistischen Systeme an ihre **historische Schranke** gestoßen sind. Sie sind nicht am Ende in dem Sinn, daß mit ihrem baldigen Zusammenbruch zu rechnen ist. Die durch Umverteilung seit Mitte der 80er Jahre stabilisierten Profitraten zeigen die Überlebenskraft dieser Systeme. Aber es wird deutlich, daß sie zunehmend die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte hemmen bzw. pervertieren. Die immer wieder beschworene Produktivität, Rationalität und Effizienz kapitalistischer Märkte beruht auf Annahmen, die heute nicht mehr bestehen. Sie beruht insbesondere auf der bedenkenlosen Identifikation der Interessen des Kapitals mit den Interessen der Gesellschaft.

Faktisch bedeutet die betriebswirtschaftliche Rationalität eine enorme Vergeudung von Ressourcen.<sup>3</sup> Es ist doch nicht zu bestreiten, daß es in der Bundesrepublik wie in der gesamten Welt ungeheuer viel zu tun gibt. Für unsere von Wohnungsnot, neuer Armut und Obdachlosigkeit geprägten Zeit hat Keynes ein sehr aktuelles Beispiel beschrieben:

„Wenn ich heute die Macht hätte, würde ich sicherlich unsere Hauptstädte mit allen Errungenschaften der Kunst und Zivilisation in der höchsten Vollendung, die die Bürger jeder einzelnen erreichen könnten, ausstatten. Ich wäre überzeugt, daß das, was ich herstellen kann, ich mir auch >leisten< könnte. - Ich glaube, daß das so ausgegebene Geld nicht nur besser wäre als irgendeine Arbeitslosenunterstützung, sondern sie sogar überflüssig machen würde.“<sup>4</sup>

Die Beseitigung von Umweltschäden, die Umstellung auf umweltschonende Energie-, Verkehrs- und Abfallsysteme, die Sanierung der Städte, die Schaffung von Wohnungen und sozialer Infrastruktur sind nur einige Beispiele für dringende Aufgaben, die viel Arbeit erfordern. Die Bewältigung dieser

---

<sup>3</sup> K. William Kapp, Die volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft, Tübingen/Zürich 1958; ders., Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Frankfurt a.M. 1979

<sup>4</sup> J.M. Keynes, Nationale Selbstgenügsamkeit, in: H. Mattfeldt, Keynes - kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985, S. 159

Aufgaben würde den Lebensstandard der Mehrheit der Menschen nachhaltig verbessern. Anzuerkennen, daß es nicht genug Arbeit für alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen gibt heißt, den **status quo eines zunehmend disfunktionalen Regulierungssystems** zu akzeptieren.

Was wir tun können und um unserer Kinder und Enkelkinder willen tun müssen, ist die ahumane privatwirtschaftliche Logik zu gunsten einer menschenwürdigen, gesellschaftlichen Logik zurückzudrängen.

## **Was ist zu tun?**

Kurzfristig sind Sofortmaßnahmen zur Ankurbelung von Produktion und Beschäftigung erforderlich. Mit öffentlichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die Telekommunikation, den Wohnungsbau und in die soziale Infrastruktur, in den Umweltschutz, in erneuerbare Energien, Ausweitung der öffentlichen Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu beleben beziehungsweise die mangelnde Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft zu kompensieren.

Wichtig ist auch das sakrosankte Prinzip der Unabhängigkeit der EZB infrage zu stellen. Geldpolitik darf nicht nur den Kapitalinteressen dienen, sie muß - wie in den USA praktiziert - wieder zum festen Bestandteil einer Wachstums- und Beschäftigungspolitik werden. Ziel einen notwendigen Umbaus der EZB ist, die Geldpolitik wirksam mit den nationalen Fiskalpolitiken koordinieren zu können.

Die fast schon gebetsmühlenartigen Wiederholung des Argumentes, die Arbeitsplätze in Europa seien durch zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten gefährdet, ist weder theoretisch noch empirisch haltbar. Abgesehen von bestimmten Sparten der Bekleidungsindustrie und einiger weniger nicht rationalisierbarer Produktionen, hat kein Unternehmen den Standort Europa aus Lohnkostengründen verlassen. Im Gegenteil, wir beobachten heute vielfach eine Rückverlagerung von Produktion aus den Entwicklungsländern.

Als Sofortmaßnahmen zur Verteidigung des Sozialstaates ist ein Widerstand gegen weitere Privatisierungen der sozialen

Sicherungssysteme insbesondere im Bereich der Renten und der Gesundheit notwendig. Diese dürfen nicht der Logik und den Risiken des Marktes unterworfen werden. Als mittelfristige Maßnahmen sollte ein umfassendes System von Mindeststandards eingeführt werden. Als langfristiges Ziel ist eine europäische Sozialverfassung zu fordern, die allen Menschen in Europa den uneingeschränkten Anspruch auf ein Einkommen und einen Schutz gibt, der notwendig ist, um ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Besondere Gefahren drohen Europa durch die deregulierten Finanzmärkte. Das Platzen der Aktienblase hat dies besonders deutlich sichtbar gemacht. Die konkreten Zielvorstellungen der Europäischen Kommission und des Rates laufen auf eine vollständige unkritische Amerikanisierung der europäischen Finanzsysteme hinaus. Die Kommission zielt mit ihrer Strategie der Integration der Finanzmärkte deutlich auf eine wesentliche Verschiebung zwischen öffentlicher und privater Altersversorgung ab. Das ist - wie bereits erwähnt - ein Irrweg. Die Wirtschaft krankt nicht an mangelnden Finanzierungsmöglichkeiten. Im Gegenteil, die riesigen Geldvermögen zeigen, daß es den Unternehmen an profitablen Realinvestitionsmöglichkeiten fehlt. Das Problem der Altersversorgung ist in erster Linie eine Frage der Mobilisierung der vorhandenen Ressourcen und der Produktivitätssteigerung. Mehr privates Sparen schafft unter den heutigen Bedingungen keine Realinvestitionen. Die Mittel für die wachsende Zahl von Rentnerinnen und Rentnern sind nur durch mehr Beschäftigung zu erwirtschaften.

Statt Deregulierung und weiterer Globalisierung des Finanzsystems nach US-amerikanischem Muster ist eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte notwendig, wie dies zum Beispiel ATTAC fordert.

Hier sind nur einige Strukturreformen genannt worden, die notwendig sind, um das Europäische Haus für die Menschen Europas bewohnbar zu erhalten beziehungsweise zu verbessern. Die grundlegende Umorientierung der europäischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik erfordert eine Analyse der Entwicklung, der gegenwärtigen Lage und der Zukunftstrends, denn ohne eine umfassende Analyse der Ursachen der gegenwärtigen Krise, mit einer



Beschränkung auf **Symptome der Krise** oder auf nebensächliche Faktoren werden die wesentlichen Probleme bewußt oder unbewußt verscheiert.

Das Überleben der Menschheit erfordert Strukturen zu entwickeln, in denen die Menschen die Produktion sowie ihre eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse beherrschen und in gesellschaftlicher Verantwortung entscheiden, was wo in welchen Mengen unter welchen Bedingungen produziert wird. Das heißt die gegenwärtige Steuerung der kapitalistischen Wirtschaften durch den privaten Profit zu überwinden. Wir brauchen statt der betriebswirtschaftlichen eine gesellschaftlichen Profitorientierung.

Ohne die **ideologische Selbstbefangenheit** zu überwinden und bewußt die Grenzen systemimmanenter Kritik zu sprengen, sind wirksame Strategien zur Überwindung der gegenwärtigen Probleme nicht zu entwickeln. Sie durchzusetzen ist nur möglich, wenn sie von den Bürgerinnen und Bürgern Europas aktiv unterstützt werden. Die gegenwärtige Diskussion gibt Anlaß zur Hoffnung.